Nr. 408 Sonntags-Ausgabe Berlin Sonntag, 29. August 1926
A 207 V

Vossische Zeitung

20 Pfennig Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Unser nächster Roman ist ein neues Werk von Jakob Wassermann

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteile): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Der Weg zum Völkerbund

Von
Georg Bernhard

Deutschlands Pariser Botschafter und der Direktor der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt sind zusammen nach Genf gefahren, um Deutschland dort in der Kommission zu vertreten, die noch einmal über die Reform der Ratssitze diskutieren soll. Was im einzelnen dabei herauskommt, kann man nicht vorher sagen. Aber die allgemeine Meinung geht dahin, daß eine Form gefunden werden wird, die Deutschland befriedigt, und die auch die maßgebenden Ratsmächte so weit zufriedenstellt, daß ernste Schwierigkeiten für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht mehr erwartet werden. Die Erfahrungen der letzten Märztage mahnen ja zur Vorsicht. Trotzdem ist ein Unterschied gegen damals offenbar: im März war Briand mit schwer begreiflicher Leichtfertigkeit nach Genf gegangen, ohne Vorsorge dafür zu treffen, wie er sich aus der Doppelverpflichtung gegenüber Polen und Deutschland hinausjonglieren konnte. Auch Chamberlain hatte die Entwicklung der Genfer Dinge damals dem Zufall überlassen. Heute ist zwischen allen beteiligten Kabinetten hin und her verhandelt worden. Die Diskussion in den Zeitungen ist hüben und drüben mit großer Heftigkeit geführt worden. Die Leidenschaften haben sich abgekühlt. Die Vernunft hat zu sprechen begonnen, und es sind deshalb heute bessere Vorbedingungen als damals für einen glatten Verlauf der Genfer Tagung gegeben.

*

Die Hinausschiebung der Aufnahme Deutschlands im letzten Frühjahr war für die damaligen deutschen Delegierten sicher nicht angenehm. Es ist niemals erfreulich, im Vorzimmer die Ballotage in eigener Sache miterleben zu müssen. Und es ist noch weniger erfreulich, hinterher nach Hause geschickt zu werden, weil sich drinnen herausgestellt hat, daß die Generalversammlung nicht vorsichtsmäßig besetzt ist. Diese Rolle zu spielen, ist den deutschen Delegierten nur dadurch erleichtert worden, daß sie auch ohne Mitgliedschaft als politisch gleichwertiger Faktor behandelt wurden, und daß sie es deutlich miterleben konnten, wie schwierig die Situation eines Völkerbundes ohne Deutschland sich gestaltet. In formeller Hinsicht wendet die deutsche Regierung Vorsicht an, ihre Delegierten erst nach Genf zu schicken, wenn die Aufnahme völlig gesichert ist. Das kann man ihr wirklich nicht verdenken. Im übrigen befindet sie sich sachlich in einer viel günstigeren Situation als bisher. Denn die Stellung Deutschlands in der Welt ist inzwischen so gefestigt worden, daß es der Entscheidung in Genf in aller Ruhe entgegensehen kann, wie sie auch immer ausfallen mag. Heute hat es Deutschland viel weniger nötig, in den Völkerbund einzutreten, als es umgekehrt für den Völkerbund zwingend notwendig ist, deutsche Delegierte auf den Bänken seiner Mitglieder zu sehen. Die Krisis, in der sich der Völkerbund ja schon seit längerer Zeit befindet, kann heute überhaupt nicht mehr gelöst werden ohne Deutschland. Und wenn trotz aller Wahrscheinlichkeit im letzten Moment in Genf doch wieder Schwierigkeiten entstehen würden, so müßte das eine Katastrophe für den Völkerbund bedeuten, von der er sich so leicht nicht wieder erholt.

*

Für den Wandel der Stimmung, der sich gegenüber dem Völkerbund in der öffentlichen Meinung Deutschlands vollzogen hat, sind die Vorgänge der letzten Tage recht interessant. Die Deutschnationale Volkspartei hat im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages gemeinsam mit den Völkischen und den Kommunisten für den Antrag gestimmt, Deutschland möge sein Aufnahmegesuch in den Völkerbund zurückziehen. Die Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses sind nicht öffentlich. Trotzdem ist die Abstimmung bekannt geworden und in der „Vossischen Zeitung" mitgeteilt worden. Deutschnationale Kreise haben sich über die angebliche „Indiskretion" beschwert. Mit Unrecht! Denn die Vertraulichkeit der Ausschußverhandlungen hat doch nur den Sinn, Regierungsvertretern und Abgeordneten Gelegenheit zu geben, sich über auswärtige Angelegenheiten auszusprechen, ohne daß sofort jedes Wort in der Oeffentlichkeit und damit im Auslande bekannt wird. Dagegen ist die Stellung der Parteien zur Regierung und zu Regierungsaktionen nichts, was der Vertraulichkeit unterliegt. Es wäre ja geradezu unsinnig, dem Lande die Kontrolle über die Stellung ihrer Abgeordneten vorzuenthalten. Das wäre ja noch schöner, daß unter Ausschluß der Oeffentlichkeit Anträge gestellt oder Abstimmungen veranstaltet werden, die womöglich im Gegensatz zu dem stehen, was die Parteien im vollen Lichte der Oeffentlichkeit fordern oder tun. Es charakterisiert aber die Lage, daß die Deutschnationale Volkspartei sich durch das Bekanntwerden ihrer Abstimmung im Ausschuß geniert fühlt. Sie weiß, daß bis weit nach rechts hinein das deutsche Volk es heute als eine Unsinnigkeit empfindet, Deutschland den Weg zur gleichberechtigten Mitwirkung an den internationalen Verhandlungen der Völker zu versperren. Sie verspricht sich von ihrer Abstimmung daher keine agitatorische Wirkung. Sie hat lediglich, um den Außenminister zu ärgern, sich ihren völkischen Brüdern und ihren kommunistischen Gegnern zugesellt. Das Bekanntwerden ihrer Abstimmung ist ihr nun besonders deshalb unbequem, weil diese Abstimmung in unüberbrückbarem Gegensatz zu dem Brief steht, den ihr Fraktionsführer, Graf Westarp, an den deutschnationalen Abgeordneten Professor Hoetzsch wegen seines eventuellen Eintritts in die deutsche Völkerbundsdelegation geschrieben hat.

*

Graf Westarp ist der Mann, der die deutschnationale Abstimmung im Ausschuß geleitet hat. Graf Westarp ist aber auch der Mann, der an den Abgeordneten Hoetzsch schrieb. Mündlich hat er die deutsche Regierung aufgefordert, ihren Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund zurückzuziehen. Schriftlich aber hat er dem Abgeordneten Hoetzsch mitgeteilt, daß, wenn er oder sein Freund Hergt Minister wären, sie gegen einen deutschnationalen Delegierten für Genf nichts einwenden würden. Er hat deutlich durchblicken lassen, daß seine Freunde zwar die Verantwortung für den Eintritt nicht übernehmen, aber die Früchte des Eintritts gern mit verspeisen wollen. Das Pech, das die Deutschnationalen seit einiger Zeit verfolgt, will es nun, daß dieses doppelte Spiel ein- und dieselben Helden plötzlich ins Rampenlicht der Oeffentlichkeit gestellt wird. Man kann begreifen, daß die Parteiführer über die „Indiskretion" des Scheinwerfers der öffentlichen Meinung in diesem Fall sehr entsetzt sind. Aber hier liegt einer der Fälle vor, wo „Indiskretion" oberste Pflicht der Presse ist. Sicher viel mehr als in den Fällen, in denen deutschnationale Blätter sich damit belustigen, gegen politische Gegner Material aus deren Privatleben zu veröffentlichen, das aus trüben, schlammigen Quellen stammt.

*

In sachlicher Hinsicht ist das Verhalten der Deutschnationalen Volkspartei gegenüber der Kandidatur Hoetzsch für die Völkerbunddelegation durchaus berechtigt. Man sollte sich in Deutschland endlich einmal die Sentimentalität abgewöhnen, auch in sogenannten nationalen Dingen der Opposition ihr Recht auf Negation abzusprechen. Man weiß seit langem, daß die Deutschnationalen, wenn sie in der Regierung wären, genau so Völkerbundpolitik machen würden, wie die linksstehenden Parteien es tun. Gerade wenn eine Opposition eine Sache für vernünftig hält, so ist es nicht nur ihr Recht, sondern ihre Pflicht, den Versuch zu machen, an die Macht zu kommen, um dann diese vernünftigen Dinge durchzusetzen. Und es ist ebenfalls ihr Recht und ihre Pflicht, der Regierung, die gerade besteht, Steine in den Weg zu legen, um sie zu verhindern, das an sich Vernünftige durchzusetzen. Im klassischen Lande des Parlamentarismus, in England, ist das nie anders gewesen. Aber ein Unterschied besteht zwischen den deutschen und den englischen Methoden. Die englische Opposition kritisiert gewiß scharf. Aber sie würde sich im Lande vollkommen unmöglich machen, wenn sie das, was sie hinterher selbst tun würde, mit einer so beispiellosen Hetze als „unpatriotisch" und „antinational" hinstellte, wie das die Deutschnationalen Jahre und Monate hindurch gegenüber der Völkerbundpolitik der Regierung getan haben. Es ist ein Beweis für das Vertrauen, das die Deutschnationalen in die Urteilslosigkeit ihrer Wähler setzen, daß sie jetzt

Schutz der Eisenbahn!

Das Verkehrsministerium greift ein

Die außerordentliche Beunruhigung der weitesten Kreise über die Vorgänge im Eisenbahnwesen, die zu der schweren Katastrophe von Leiserde geführt hat, hat das Reichsverkehrsministerium veranlaßt, eine Besprechung zu veranstalten, an der Vertreter der Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft und der beteiligten Reichs- und preußischen Ressorts teilnahmen. Ueber das Ergebnis wird die folgende offiziöse Mitteilung ausgegeben:

„Aus Anlaß der in letzter Zeit häufiger aufgetretenen verbrecherischen Anschläge gegen Eisenbahnanlagen hat im Reichsverkehrsministerium eine Aussprache mit der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft stattgefunden unter Zuziehung der beteiligten Reichs- und preußischen Ressorts.

Im Reichsverkehrsministerium besteht nach dem bisherigen Ergebnis der Untersuchung kein Zweifel darüber, daß der Unfall bei Leiserde auf einen verbrecherischen Anschlag zurückzuführen ist; auch die Kriminalpolizei steht auf demselben Standpunkt. Die Besprechung ergab Einverständnis darüber, daß eine Vermehrung der planmäßigen Streckenbegehung keine Aussicht bieten würde, derartige Vorkommnisse hintanzuhalten.

Neben diesen planmäßigen Begehungen wird im Bereich der Deutschen Reichsbahnverwaltung schon seit Jahren ein besonderer Streifdienst zur unvermuteten Ueberwachung der Bahnanlagen ausgeübt. Es ist ferner bereits vor einigen Monaten Anordnung getroffen, diesen Dienst auf besonders wichtigen oder besonders gefährdeten Strecken entsprechend zu verstärken.

Diese Maßnahmen wurden auch bei der Besprechung als durchaus zweckmäßig anerkannt; nach den Ereignissen der letzten Wochen hat die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft erneut eine Verschärfung dieses Streifdienstes angeordnet.

Bei der Verfolgung der einzelnen verbrecherischen Anschläge wird auf engstes Zusammenarbeiten zwischen der Kriminalpolizei, die durch namhafte Vertreter an der Besprechung beteiligt war, und der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft größter Wert gelegt."

Diese Mitteilung kann nicht vollkommen befriedigen. Es ist daraus nicht recht ersichtlich, ob irgendwelche neuen Beweise für die Auffassung vorliegen, daß es sich in letzter Zeit um eine Häufung verbrecherischer Anschläge gehandelt habe und nicht um Mängel des Verwaltungssystems.

Italien für Tanger-Konferenz

Die Antwort an Madrid

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

mp **Rom**, 28. August

Die italienische Antwort auf die spanische Note betreffend Tanger ist heute dem spanischen Botschafter überreicht worden, Italien behandelt in dieser Note die spanischen Forderungen in freundschaftlichem Sinne und erklärt, daß es dem spanischen Vorschlage, diese Frage auf einer besonderen Konferenz zu regeln, zustimme. Es scheint, daß Italien dagegen ist, die Tangerfrage mit der Frage der Ratssitze in Genf zu verquicken. Eine offenbar inoffizielle Note der „Tribuna" hebt hervor, daß Deutschland an dieser Konferenz nicht teilnehmen könne. Es habe durch den Artikel 141 des Versailler Vertrages auf alle Rechte aus dem Abkommen von Algeciras und anderen Verträgen verzichtet.

* **Paris**, 28. August

Der Londoner Korrespondent des „Petit Journal" meldet seinem Blatte, daß die englische Antwort auf die spanische Tangernote heute abgegangen ist und gleichzeitig mit der französischen Antwort in Madrid eintreffen wird. Die französische und die britische Antwort betont übereinstimmend, **daß Spanien nicht das Recht habe, das Problem von Tanger mit seiner Forderung nach einem ständigen Ratssitz in Genf zu verquicken.**

Die französische Delegation für Genf

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

* **Paris**, 28. August

Außenminister Briand wird am nächsten Dienstag nach Genf abreisen. Die französische Delegation wird voraussichtlich folgendermaßen zusammengesetzt sein: Briand, Paul-Boncour, Pams als Delegierte; de Jouvenel, Loucheur, Nogara und Plaisant als zweite Delegierte